

**Prof. Dr. Georg Cremer, Deutscher Caritasverband, Freiburg**

**Kirche findet Stadt. Erkenntnisse und Perspektiven - Von Handlungsempfehlungen zu Selbstverpflichtungen der Akteure**

Dienstag, 17.09.2013: 11:00 – 14:00 Uhr

im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Bomba,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien, Verbänden und Kirche,

sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem guten halben Jahr sind hier im Ministerium Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem ökumenischen Kooperationsprojekt „*Kirche findet Stadt*“ vorgestellt und diskutiert worden. Kernstück dessen sind zehn Handlungsempfehlungen. „Papier ist geduldig“ mögen Sie einwenden.

Doch mit der Verabschiedung der Empfehlungen haben sich die kirchlichen Kooperationspartner und insbesondere die Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas eine Selbstverpflichtung „ins Buch geschrieben“, die wir ausgesprochen ernst nehmen. Das wird uns als Kirche und ihre Verbände in den nächsten Jahren stark fordern. Wir sehen in der Strategie von *Kirche findet Stadt* ein großes Potential, über einen fach- und ressortübergreifenden, integrierten Ansatz einen Beitrag zu leisten, um Integration, Inklusion, Bildungs- und Chancengerechtigkeit oder Armutsbekämpfung zu befördern.

Wir freuen uns daher besonders, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Umsetzungsprozess der Handlungsempfehlungen mit einer Projektverlängerung unterstützt. So haben wir heute auf Bundesebene sowie in drei regionalen Werkstätten in diesem Herbst auch auf der Landesebene Gelegenheit, uns über die Eckpfeiler der weiteren Umsetzung und den jeweiligen Handlungsbedarf zu verständigen.

Ich danke an dieser Stelle ganz besonders Ihnen, Herrn Staatssekretär Bomba, und Herrn Dr. Hatzfeld als unseren Gastgebern und Gesprächspartnern hier im Bundes-

ministerium sowie allen Akteurinnen und Akteuren der verschiedenen Ebenen und Fachbereiche, dass Sie diesen Prozess möglich gemacht haben.

## **1. Erkenntnisse: Was haben wir aus *Kirche findet Stadt* gelernt?**

Lassen Sie mich zunächst rekapitulieren, welche Erkenntnisse wir aus *Kirche findet Stadt* gewonnen haben und welche drei Leitziele daraus abgeleitet wurden.

Wenn sich die Kirchengemeinde und ihre Caritas bzw. Diakonie als Teil der Bürgergemeinde verstehen, eröffnen sich vielseitige Chancen und Perspektiven:

Die Gemeinschaften und Gemeinden weiten ihren Blick hin auf den Stadtteil als lokales Gemeinwesen und Sozialraum. Ganz im Sinne der Leipzig Charta zur integrierten Stadtentwicklung ermöglicht dies, die eigenen Grenzen von Zuständigkeiten und Ressorts zu überschreiten und sich für die Perspektive der Anderen zu öffnen.

Die Kirchengemeinde und die kirchlichen Verbände, Dienste und Einrichtungen verstehen sich als Teil einer Verantwortungsgemeinschaft und setzen sich gemeinsam mit anderen für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Quartier ein. Eine zentrale Rolle von Kirche und Verbänden ist es, in diesem Kontext Strukturen bereitzustellen, die die Bewohnerinnen und Bewohner in ihrer Selbstorganisation und Selbsthilfe stärken und Teilhabe ermöglichen.

So wird Kirche in ihren verschiedenen Funktionen und Facetten schließlich lokale Entwicklungsprozesse mitgestalten und nachhaltig absichern.

*Kirche findet Stadt* ist kein Projekt, das bei Null gestartet ist, sondern eher ein Meilenstein, an dem in ökumenischer Perspektive die Rolle, die Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur in der Stadtentwicklung übernehmen kann, analysiert und gebündelt wurde. D.h. in den beiden Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden gibt es langjährige Prozesse vor und nach der Projektphase von *Kirche findet Stadt*. Welche weiteren Perspektiven und Handlungsschritte haben wir nun als katholische Kirche und ihre Caritas in diesem Prozess entwickelt?

## **2. Perspektiven der katholischen Kirche und ihrer Caritas?**

Die verbandliche Caritas hat in den letzten Jahren die Öffnung des kirchlich-diakonischen Engagements in die Stadtteile und ländlichen Sozialräume sowie deren

Verbindung mit Prozessen der Stadtentwicklung intensiv vorangetrieben. Zunächst wurden die unterschiedlichen Erfahrungen und Ansätze der Verbände, einzelner Fachbereiche und der Prozesse rund um die Veränderungen kirchengemeindlicher und verbandlicher Strukturen und Arbeitsweisen systematisiert.

Als ein Ergebnis haben wir im April dieses Jahres „Eckpunkte zur Sozialraumorientierung in der Caritasarbeit“ verabschiedet. Damit wollen wir in unserem Verband Orientierung geben hinsichtlich der Sozialraumorientierung als einem Ansatz und Arbeitsprinzip, das einerseits die Menschen vor Ort zum Ausgangspunkt des Handelns beruflicher und institutioneller Akteure nimmt und andererseits den Raum – Sozialraum, Stadtteil, Dorf – als Handlungsfeld begreift. Hierbei kommen verschiedene Prinzipien zum Tragen: zielgruppen-, ressort- und trägerübergreifendes Handeln, integrierte Entwicklungsstrategien und vor allem auch selbstbestimmte Teilhabe sogenannter Betroffener bzw. Benachteiligter.

Denn Sozialraumorientierung bietet einen Weg, Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils/Dorfs/Quartiers – und gerade auch sozial benachteiligte Menschen – zu befähigen, ihren Willen zu artikulieren und ihre Rechte einzufordern. Sie fördert damit die gesellschaftliche Teilhabe, Teilgabe und die politische Partizipation. Lokale Verantwortungsgemeinschaften und Kooperationen von Menschen und Organisationen können entstehen – ganz im Sinne der Handlungsempfehlungen von *Kirche findet Stadt*.

Was heißt nun Sozialraumorientierung für die Caritas? Welche Handlungsanforderungen sind damit verbunden? Wohin wollen wir mit dem Eckpunktepapier die Caritas und weiteren kirchlichen Akteure aller Ebenen und Bereiche motivieren?

- **Caritas als Kirche vor Ort**

Die Kooperation von Seelsorge und Caritas mit einer ökumenischen und bürgergesellschaftlichen Orientierung bietet Chancen zur Förderung des Miteinanders und der Solidarität im pastoralen Raum. Dabei können sich Caritaseinrichtungen/-dienste und Pfarrgemeinden in ihren Aufgaben, Ressourcen und Zielen ergänzen und ineinander greifen und so einen Beitrag als zivilgesellschaftliche Akteure im Gemeinwesen leisten.

- **Reflexion der bestehenden Ansätze und Leitbildprozesse**

Sozialraumorientierung bedeutet eine veränderte Perspektive und Akzentverschiebungen im Selbstverständnis. Entsprechend müssen die bestehende Praxis, Konzepte und Leitbilder im Sinne der Prinzipien der Sozialraumorientierung sowie der Empfehlungen von *Kirche findet Stadt* reflektiert, und fachübergreifend weiterentwickelt werden.

- **Personalentwicklung**

Sozialraumorientierung stellt Mitarbeitende vor teilweise veränderte Anforderungen und ist mit einer Erweiterung der beruflichen Rolle verbunden. Hierbei müssen Mitarbeiter(inn)en durch Maßnahmen der Personalentwicklung und Prozessbegleitung unterstützt werden.

- **Als Teil der Sozialbewegung ein bewegter Verband bleiben**

In ihrem Leitbild definiert sich die Caritas als Teil der Sozialbewegung. Das bedeutet als Verband in Bewegung zu bleiben und sich gleichzeitig bewegen zu lassen. Es geht darum, solidarisch mit den Menschen zu sein, ihren Interessen Vorrang zu geben und Netzwerkpartnerschaften mit anderen zu intensivieren und so gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Dies erfordert eine Betonung der anwaltschaftlichen Rolle der Caritas: als Sprachrohr, Unterstützer; Teilhabe-Plattform und Interessenvertretung sowie zur Stärkung von Eigeninitiative und Selbsthilfe. In diesem Falle führt die Caritas nicht nur in ihrer Trägerfunktion mit der Kommune oder anderen Kostenträgern Verhandlungen, sondern tritt als Mitgestalterin des Gemeinwesens und der Interessen der Menschen vor Ort auf.

Dies kann dazu führen, die eigenen verbandlichen Interessen zurückzustellen, Neuland zu betreten, Experimente zu wagen, Unwägbarkeiten und Unsicherheiten auszuhalten und Risiken einzugehen. Mit dieser Neuorientierung ist die Chance zur verbandlichen Weiterentwicklung verbunden. Voraussetzung ist die Bereitschaft zum kritischen Blick und Analyse nach innen.

Damit die Eckpunkte wie die aus ökumenischer Perspektive und explizit auf Prozesse der Stadtentwicklung hin formulierten Handlungsempfehlungen von *Kirche findet Stadt* tatsächlich in die verbandliche und kirchliche Praxis umgesetzt werden, haben wir weitere konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht:

Im April 2013 hat der Deutsche Caritasverband mit Unterstützung der Lotterie GlücksSpirale ein bundesweites Umsetzungsprojekt gestartet, das entsprechende

Initiativen örtlicher und diözesaner Verbände hin auf die in den Eckpunkten formulierten Zielsetzungen bündelt:

*„Sozialraumorientierung in der Praxis: Arbeitsfeldübergreifende Konzepte und verbandliche Strategien“.*

Mit 18 Diözesan-Caritasverbänden und jeweils 2-3 Ortsverbänden werden exemplarische Konzepte zur sektor- und fachübergreifenden sozialräumlichen Arbeit in den Diözesen entwickelt, die in einer dreijährigen Implementierungsphase ab 2014 erprobt werden sollen.

Dass Sozialraumorientierung unseren Verband tatsächlich breit bewegt, zeigt das starke Interesse der verbandlichen Gliederungen an einer Projektteilnahme (übrigens: obwohl sie alle Durchführungskosten vor Ort selbst zu tragen haben). Aufgrund des Interesses mussten wir den ursprünglich geplanten Projektrahmen fast verdoppeln. Sie finden die Projektidee, die teilnehmenden Diözesen und die Ansprechpartnerinnen auf einem Infoblatt in der Tagungsmappe.

Unser Projekt und die Maßnahmen der Verlängerungsphase von *Kirche findet Stadt* sind so angelegt, dass wir jenseits von guter örtlicher Praxis auch auf der mittleren Ebene der diözesanen und Landesverbände zu einer nachhaltigen Verankerung der Strategie Sozialraumorientierung und Kirche als Akteur in der integrierten Stadtentwicklung kommen.

Im Rahmen der Restrukturierung der Fachbereiche in der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes haben wir Sozialraumorientierung und soziale Stadtentwicklung als Querschnittsthema, Verbandsstrategie und Regelaufgabe in einem Referat namens „Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen“ fest verankert. Wir wollen damit auch Folgendes akzentuieren: Integrierte Konzepte der Stadtentwicklung, die Prinzipien der sozialräumlichen Arbeit und die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement im Sinne von Befähigung und Teilhabeförderung sind uns als erfolgversprechende Strategien zur Überwindung der Folgen von Armut, Benachteiligung und gesellschaftlicher Ausgrenzung wichtig.

Dieses Jahr haben wir in unserer Kampagne genau dieses betont: „Familie schaffen wir nur gemeinsam“: Es braucht die gesamte Gesellschaft und viele unterschiedliche Bereiche, damit Familie gelingt, gerade auch dann, wenn Familie Belastungen aus-

gesetzt ist. Ausgelegt finden Sie Informationen zur Kampagne und ein Factsheet zu den Bezügen zwischen Stadtentwicklung und Anforderungen an die Familienpolitik.

Lokales bürgerschaftliches Engagement, die Aktivierung von Selbsthilfe und Selbstorganisation sogenannter Betroffener ergänzt sozialstaatliches Handeln, ersetzt es aber nicht. Die lokalen bürgerschaftlichen Initiativen sind eine wertvolle Kraft, gerade auch weil sie sozialstaatliches Handeln aus der Logik des zivilgesellschaftlichen Akteurs herausfordern und kritisch begleiten können. Das Engagement Einzelner darf allerdings nicht zum Ausfallbürgen für staatliches Handeln werden. Auch dürfen durch sozialräumliche Ansätze nicht Rechtsansprüche auf Einzelfallhilfe oder das Wahlrecht der Hilfeberechtigten ausgehebelt werden. Bei manchen Modellen der Sozialraumbudgetierung habe ich hier durchaus Bedenken. Sondern es geht darum, die gesamte Arbeit der professionellen Hilfen sozialräumlich auszustatten und mit dem nicht-beruflichen Hilfesystem zu verschränken. Teil unserer Arbeit auf Bundesebene ist auch, die Kooperation von Pfarrgemeinden und Caritas zu unterstützen, damit die kirchlichen Akteure als Kirche vor Ort gemeinsam Verantwortung für das Gemeinwesen und den Sozialraum übernehmen.

Auch die anderen Fachbereiche, die von größeren Einrichtungen geprägt sind, wie die Gesundheits-, Behinderten- und Altenhilfe sowie die Bereiche der Jugend-, Erziehungs- und Familienhilfe sowie die Kindertagesstätten, sind auf ihre je eigene Weise daran, Wege zur Öffnung in den Sozialraum zu beschreiten und die Prinzipien der Sozialraumorientierung konsequent umzusetzen.

### **3. Wo stoßen wir dabei an Grenzen?**

Unser über mehrere Jahre hinweg geführter Diskussions- und Strategieprozess und die Entwicklung von Umsetzungsstrategien haben uns jedoch auch an Grenzen geführt. Diese können wir nicht allein als Kirchen, nicht allein als Verbände und nicht allein als Träger der Freien Wohlfahrtspflege überwinden.

Hier brauchen wir die Unterstützung der Politik und Verwaltung, denn nur sie kann die Rahmenbedingungen und Strukturen für den erforderlichen Perspektivwechsel und ressortübergreifend angelegte Strategien schaffen!

Ich bin Ihnen daher sehr dankbar, Herr Staatssekretär Bomba, dass wir über das Projekt *Kirche findet Stadt* und insbesondere mit der heutigen Veranstaltung einen Anknüpfungspunkt und ein Forum haben, die erforderlichen Schritte anzusprechen.

Uns ist an einer Intensivierung des Austausches mit Ihrem Ministerium sehr gelegen, um die Idee der integrierten Stadtentwicklung und der Sozialraumorientierung konzeptionell weiterzuentwickeln und strukturell in unseren Systemen stärkere Geltung zu verschaffen.

Es geht uns dabei keineswegs darum, aus vordergründigen Überlegungen heraus als Freie Wohlfahrtspflege aus den Programmen der Städtebauförderung Mittel für den Sozialsektor abzugreifen. Sondern es ist unsere feste Überzeugung: Der integrierte Ansatz der Sozialen Stadt und die Etablierung von Quartiersmanagement als ein Instrument der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und zur Entwicklung gemeinsamer lokaler Entwicklungskonzepte ist ein ausgesprochen vielversprechender Ansatz, gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Darüber hinaus entspricht er unseren kirchlich-verbandlichen Zielsetzungen einer chancengerechten und solidarischen Gesellschaft und einer teilhabeorientierten Sozialpolitik.

Wir haben jedoch gesehen, dass wir hinsichtlich der äußeren Rahmenbedingungen bei der Umsetzung von Sozialraumorientierung an die sehr deutliche Grenze der Finanzierungs- und Evaluationslogiken unserer Arbeit als Freie Wohlfahrtspflege stoßen:

In den meisten ihrer Handlungsfelder ist der Einzelfall, das Problem und das Defizit die Maßeinheit. Der ressourcen- und potentialorientierte Blick auf den Einzelnen und ins Feld sowie präventive Wirkungen und Ergebnisoffenheit von Interventionen aus dem beruflichen Hilfesystem zahlen sich in der Regel für die Träger als Unternehmen wirtschaftlich nicht aus. Im konkreten sozialräumlichen Handeln entstehen häufig nicht refinanzierbare Kosten etwa für eine Sozialraumanalyse, für hauptamtliches Personal, für Clearing, Vernetzungsaktivitäten und Quartiermanagement. Vieles wird hier heute schon von Trägern, die sich für sozialräumliche Ansätze bewusst entschieden haben, aus Eigenmitteln geleistet, aber es gibt hier Grenzen.

Wir haben in zentralen Helfefeldern den Rechtsanspruch auf Einzelfallhilfe abgesichert und auch das Prinzip der Berufsfreiheit der Leistungserbringer. Auf beides wollen wir selbstverständlich nicht verzichten. Doch eine ausschließlich einzelfallbezo-

gene Finanzierung fördert keine Kooperationsformen zwischen den unterschiedlichen Akteuren im Stadtteil, bei denen Trägerinteressen hintenan gestellt werden.

Zugleich werden integrierte, sozialräumliche Arbeitsprinzipien in der Regel projektförmig, zeitlich und räumlich strikt begrenzt finanziert. So können die mittelfristig zu erzielenden Effekte der Prävention und Überwindung struktureller Benachteiligung kaum überprüft werden.

Wir brauchen Programme und Konzepte, die auch in den Kommunen und Regionen, in denen aufgrund ihrer Strukturschwäche eine strikte Begrenzung auf die Pflichtaufgaben kommunaler Daseinsvorsorge stattfindet, die Implementierung des integrierten Ansatzes der Stadtentwicklung und Sozialraumorientierung ermöglicht.

Wir müssen ressortübergreifende Perspektiven und Kooperationen vertiefen, Versäulung, dort wo sie dem sozialräumlichen Ansatz entgegensteht, aufbrechen.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass präventive Angebote und Sozialraumorientierung im Sozialrecht einen höheren Stellenwert bekommen. Wir müssen uns intensiv damit auseinandersetzen, wie die Durchsetzung sozialräumlicher Handlungsprinzipien und die Leitidee integrierter Stadtentwicklung in der Regelarbeit der einzelnen Helfefelder verankert werden kann. Dies betrifft die Vereinbarungen zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern, Qualitätsrichtlinien, die Evaluation der Arbeit und natürlich auch die Finanzierung. Sozialraumorientierung ist kein schmückendes Beiwerk tradierter Hilfesysteme, sondern dieses Prinzip muss mehr und mehr die Alltagsarbeit in den Helfefeldern erreichen. Wir hoffen, dass wir in der weiteren Arbeit hierzu praktikable Wege finden.

In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihrem Ministerium und unseren Projektpartnern in den Kirchen und Verbänden.